

# ¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 609

Mittwoch, 08. Juni 2016

23. Jahrgang

## Inhaltsverzeichnis

Die PP war ein Kartell und diese UnternehmerInnen waren ihre TeilhaberInnen.....	1
Initiative für ein Bergwerksabbau- und Wasserkraftwerk-Moratorium.....	4
Abgeordneter klagt illegalen Abbau in La Puya an.....	4
Der des Mordes beschuldigte ehemalige Sicherheitschef von HudBay erhält Schutz.....	4
Initiative der Reform des Gesetzes über Femizid stösst auf Ablehnung.....	5
CICIG: Bericht über Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung.....	5
Verfassungsgericht bestätigt getrennte Prozesse für Montt und Sánchez.....	6

## Die PP war ein Kartell und diese UnternehmerInnen waren ihre TeilhaberInnen

*¡Fijáte!* hat in der letzten Zeit mehrmals von den Korruptionsaffären der Regierungschefs Otto Perez Molina und Roxana Baldetti berichtet. Immer neue Details kommen dank der Arbeit von der CICIG und der Staatsanwaltschaft (MP) unter deren Chefin Thelma Aldana ans Licht. Wie zum Beispiel die illegale Parteienfinanzierung für die Kampagne von Pérez Molina, die ihn schliesslich im zweiten Anlauf zur Macht führte. 23 Verantwortliche wurden verhaftet, gegen 65 wurden Haftbefehle ausgestellt. Aldana nennt es "die Kooption des Staates für private Zwecke" und CICIG-Chef Velásquez benennt drei Gruppen der Geldwäscher: die Strohfirmer, die Unternehmen auf dem Papier und GeldwechslerInnen und TransporteurInnen der Vermögenswerte. Mittels vieler (Schein-)Geschäfte und Verträge haben sich die beiden nach Angaben von CICIG und MP illegal bis zu 500 Mio. Quetzales (knapp 57 Mio. Euro) zugeschanzt. Dabei hatten sie - wie bereits angedeutet - viele HelferInnen und HelfershelferInnen, von denen einige im Folgenden benannt werden sollen, sofern sie in diesem Nachrichtendienst noch nicht ausführlich behandelt wurden, wie der Zollbetrug, der Betrug im Gesundheitswesen oder die Unregelmässigkeiten bei der Hafenerwaltung in Santo Tomás de Castilla.

Grundlage des folgenden Textes ist ein stilistisch sarkastischer Text der Nómada-Autoren Martín Rodríguez Pellecer und Gabriel Woltke. Er wird im Teil über die Mediengruppe Albavisión erweitert um Informationen aus Prensa Latina sowie Informationen aus El Periódico, siglo21 und Soy502. Alle Artikel sind vom 3. Juni 2016.

Willkommen, Willkommen. Das ist der Tsunami, den wir vorhergesagt hatten. MP und CICIG haben uns soeben gezeigt, wie das politische System Guatemalas durch Korruption und der Straffreiheit zersetzt wurde. La Línea oder der Fall Aceros waren der erste Streich. Aber man kann sie nicht mit der Dimension vergleichen, die nun herausgekommen ist. Es ist die strafrechtlich relevante Feststellung zweier Wahrheiten: Die PP war keine politische Partei, sondern eine Mafia. Und eine Mafia fällt nicht vom Himmel, sie funktioniert nicht ohne nationale TeilhaberInnen oder HelfershelferInnen. Ein grosser Teil der traditionellen und der aufstrebenden Privatwirtschaft finanzierte die PP, damit diese sich auf Kosten der SteuerzahlerInnen bereichern.

„Die CICIG hält der guatemalteckischen Politik den Spiegel vor. Und selbst wenn es gar nicht so viel Neues gibt, lebt das Land in einer ständigen Skandalisierung. Dass die PolitikerInnen von den grossen UnternehmerInnen, korrupten BauunternehmerInnen, Medienmogulen oder DrogenhändlerInnen (verdeckt) finanziert werden, damit rechnet die Bevölkerung ja schon fast. Dabei wird eine grosse Lüge zerstört, die das Land vereint: dass wir in einer repräsentativen Demokratie leben. Nein, wir leben in einer Gelddemokratie.“

Diesen Satz veröffentlichten wir am 16. Juli 2015, also vor elf Monaten, als die CICIG ihren ersten akademischen Bericht (siehe <https://nomada.gt/en-4-puntos-por-que-es-tan-certero-el-golpe-al-congreso/>) über die politischen Parteien veröffentlichte und deren Funktionsweise auf folgenden Punkt brachte: Die Korruption ist das einende Band des politischen Systems in Guatemala. Nun wird es uns strafrechtlich relevant präsentiert. Mit Quittungen, Banküberweisungen, Telefon-Fangschaltungen, beweglichen und unbeweglichen Gütern, ZeugInnen - mit allem! Und jene, die sich bereichert haben durch die Korruption auf Kosten der übrigen GuatemaltekinInnen, die zu wenig Ressourcen haben, um der Armut zu entfliehen und ein menschenwürdiges Leben zu führen, sitzen nun (teilweise) in Untersuchungshaft, werden vor Gericht gestellt und verurteilt.

### **Nicht nur der Staat hat zersetzt, sondern auch die grossen UnternehmerInnen**

Wir haben nicht die Regierung, die wir verdienen, wir haben die Regierung, die wir sind“, schrieb einmal der Journalist Andrés Zepeda. Er schrieb das in einem Portrait der 'linken' UNE-Regierung von Álvaro Colom und Sandra Torres, die beschuldigt wurden, durch ihre Sozialprogramme die WählerInnen zu kaufen (und ebenfalls an den grossen krummen Korruptionsgeschäften mitzuwirken). Die PP, die Partei der konservativen Allianz aus Militärs und der Unternehmensverbände, die das Land von 2012 bis 2015 regierte, behandelte die Korruption nicht als ein Parallelgeschäft oder ein kleines Übel, das notwendig sei, um den Armen zu helfen. Die PP war eine Maschine, um das Geld von Unternehmen des Marktes einzusammeln, es zu waschen, damit es aussah, als stamme es aus legalen Geschäften, dann das Geld des Staates zu nehmen, um es wiederum den Unternehmen als Rendite zurückzugeben - und dabei sich selbst zu bereichern. Lassen Sie uns die wichtigsten Fälle dieser Art rekapitulieren, die uns die tiefgreifenden Ermittlungen von MP und CICIG und die meisterhafte Ausführung durch Polizei des Innenministeriums überlassen haben. Es ist viel Arbeit, viele schlaflose Stunden, voller Risiken, ausgeführt von In- und AusländerInnen. Eine tolle Zusammenarbeit mit reuevollen ZeugInnen und eine wichtige Ermittlungsarbeit, um alle Aussagen wissenschaftlich stichhaltig zu belegen.

### **Teil 1: Der Bauleiter der CACIF**

Der Name Álvaro Mayorga Girón sagt vermutlich kaum jemanden etwas. Aber er ist ein Riese der Privatwirtschaft. Er war Präsident der Kammer der BauunternehmerInnen innerhalb des Unternehmensverbandes CACIF, der Patron der Regierung der Patriotischen Partei. Zugleich ist er Teilhaber und rechtlicher Vertreter der CONASA, eine Baufirma, die mit Cementos Progreso, einer der acht grössten Unternehmen Guatemalas, liiert ist. Wem gehört die private Strasse, die von Nord nach Süd quer durch die Hauptstadt führt? CONASA. Und woher hatte diese das Kapital für diese Bauinvestition? Nun, sie gehörte zum Kartell der PP. Sie haben während der Regierungszeit Aufträge im Wert von 550 Mio. Quetzales (etwa 62,5 Mio. Euro) erhalten, nachdem sie diese illegal finanziert hatte. Deren Teilhaber Tejada, ein weiterer der G-8 (*die acht grössten Unternehmen, d.Red.*) müssten sich dazu eigentlich äussern. Auch der derzeitige CACIF-Präsident, José González, und der ehemalige Präsident, Pelayo Llarena, müssten sich über den Kollegen äussern, mit dem sie so lange in einer Kammer der BauunternehmerInnen zusammengearbeitet haben. Cementos Progreso müsste sich äussern. Denn tatsächlich gibt es innerhalb von CACIF und der G-8 Helfershelfer des Kartells der PP. Und Mayorga, der Mächtigste von allen, ist derzeit auf der Flucht. Es wäre ein echter Nachweis eines funktionierenden Justizsystems, wenn dieses in der Lage wäre, diesen PräsidentInnen, DrogenschmugglerInnen, Militärs und korrupten UnternehmerInnen den Prozess zu machen. Schauen wir mal, ob sie auch die besonders Mächtigen kriegen.

### **Teil 2: Die Bank Nummer zwei (Banrural) und die Bank Nummer drei (G&T)**

All die Millionen, mit denen Parteien finanziert, Geld gewaschen, Scheinfirmen ausgestattet, Investitionen in reale Güter auf Basis von Korruptionsgeldern getätigt wurden, liefen über Banken. MP und CICIG werfen dem Vorstand und Geschäftsführer der zweit- und drittgrössten Banken die Beteiligung daran vor: Fernando Peña (Gründer des Vorzeigemodells einer demokratischen Bank Banrural) und Flavio Montenegro von der G&T Continental. Deren BesitzerInnen, die traditionellen Familien Castillo oder Granai sollten sich dazu äussern. Laut CICIG könne nicht ausgeschlossen werden, dass die führenden Kräfte dieser Banken Informationen verschwiegen haben oder Komplizen des Kartells der PP waren. Hintergrund sind die Ermittlungsergebnisse, die die Modalitäten herausarbeiteten, wie die Millionenbeträge erworben und innerhalb weniger Tage bar ausgezahlt wurden. Alles scheint darauf hinauszulaufen, dass ein grosser Teil des guatemalteckischen Banksystems - so wie es die *Nómada* bereits in ihrem Artikel über die Panamá Papers nahelegte - über eine mögliche Herkunft der von ihr verwalteten Gelder aus Drogengeschäften oder Korruption grosszügig hinweg gesehen hat. Montenegro und Peña wurden beide noch nicht verhaftet. *Nómada* hat eine SMS mit der Bitte um Stellungnahme an Banrural-Vorstand Fernando Peña geschrieben. Er antwortete: „Ich bin auf einer Geschäftsreise im Ausland, aber ich werde alles unternehmen, um so bald wie möglich zurückzukehren und mich der Justiz stellen.“ Hoffentlich macht er das bald.

### **Teil 3: Claro, Telefon, Internet, Kabelfernsehen**

Enrique Castellanos, der Geschäftsführer von Claro, hat Berufserfahrungen in ganz Lateinamerika. Und er wird per Haftbefehl gesucht. Warum genau, ist noch nicht bekannt. Vermutlich aber wegen Parteifinanzierung gegen Telefon- und Internetdienstleistungen und Kabelfernsehen. Der Staat hat viel Geld für diese Dienstleistungen.

#### **Teil 4: Das Fernseh- und Radiomonopol**

Die Frau des mächtigsten Medienunternehmers in Guatemala, Alba Lorenzana, wird per Haftbefehl gesucht. Zu Ehren ihres Vornamens heisst die Mediengruppe, die Besitzer der TV-Kanäle 3, 7, 11 und 13 sowie des Radios Sonora ist, Albavisión.

Was hat Albavisión mit der PP zu tun? Laut Prensa Latina waren die Kanäle seit 2008 mit dem Netzwerk zur Veruntreuung von Staatsgeldern verbunden, insbesondere im Zusammenhang mit verdeckter Parteienfinanzierung. Laut CICIG beschaffte sich die PP-Führung durch diese List ungefähr 500 Mio. Q (etwa 57 Mio. Euro). Dieses Vorgehen erklärt auch, warum die PräsidentschaftskandidatInnen Perez Molina und Baldetti in den letzten vier Monaten ihrer 2011er-Kampagne die von der Obersten Wahlbehörde (TSE) festgelegte Höchstgrenze der Wahlkampfgelder um das Dreifache überschritten hatte - und es schaffte, die Kontrolle über den Staat zu erlangen. Wie das funktionierte? Roxana Baldetti kontrollierte einige Scheinfirmen (mit Namen wie Comercial Urma, Publicmer, Publiases und Serpumer), die wegen irgendwelcher Leistungen von Canal 3 und Canal 7 insgesamt 17.679.200 Q (etwa 2 Mio. Euro) erhalten haben. Als Vergütung erhielten die Fernsehkanäle Werbeaufträge in Höhe von 99 Mio. Q (etwa 11,3 Mio. Euro) bzw. 117,2 Mio. Q (etwa 13,35 Mio. Euro). Das entspricht 69 % der Summe, die PP in Fernsehwerbung investierte. Möglicherweise wurden diese an den mexikanischen Medienmogul Ángel González bezahlt, der tatsächlich all jenes beisteuerte, was das Kartell (also PP) für seinen Wahlkampf so brauchte: zehn Autos, vier Toyota-Pickups, ein Kleinbus und ein Chevrolet. [Vor diesem Hintergrund können wir direkt zu *Nómada* zurückkehren. d.Red.]

Hoffentlich kriegen sie auch Ángel González, diesen mexikanischen Magnaten mit Wohnsitz Miami, der den Staat von den Zeiten der Diktaturen bis zur Demokratie gefangen gehalten hat. Vor aller Augen, legitimiert durch alle PolitikerInnen, mit seinem Schwager Luis Rabbé als Minister und späteren Kongresspräsidenten. Welches Geschäft hat er nicht mit den PolitikerInnen gemacht, um als Gegenleistung seine Senderechte aufrecht zu erhalten? Manuel Baldizón. Álvaro Arzú. Álvaro Colom. Óscar Berger. Alfonso Portillo. Jimmy Morales? Warum werden kostenlose, 25 Jahre währende Konzessionen für offene Fernsehkanäle und die Frequenz von Radio Sonora nicht als schädlich für den Staat und die Demokratie erklärt? Wenn sie Teil eines Kartells sind, so können ihre Güter entzogen und die Frequenzen können versteigert werden.

#### **Teil 5: Das Geschäft der Bauunternehmen**

Aber es sind nicht nur die traditionsreichen Unternehmen. Auch die aufstrebenden. Wie etwa Sigma Constructores – Besitz von Mynor Palacios, das wie Asier Andrés von ContraPoder recherchierte, seit 1991 Aufträge ohne Ausschreibungen erhält. Allein während der Regierungszeit der PP erhielt er Aufträge im Wert von 1,2 Milliarden Q (etwa 136,7 Mio. Euro). Die Vorstandsmitglieder von Sigma, Boris Orlando Navas Aguilar, Max Roberto Burgos Fallaice und Benjamín González Zepeda (von der Firma Lanello) wurden gestern verhaftet. Sie waren Finanziers der PP, ohne diese Parteispenden auszuweisen. Also auf kriminelle Art. Auch die Aufsteiger der Familie Guerra aus dem Petén taten dergleichen. Gabriel Guerra Villeda ist auf der Flucht.

#### **Teil 6: Die Bergbaumine Montana**

Die Bergbaumine in San Marcos war ebenso an dem Kartell der PP beteiligt. Deren Exekutivdirektor, Eduardo Villacorta, wird per Haftbefehl gesucht. Mit welchem Gesichtsausdruck werden sie darlegen, dass ihr Unternehmen legal ist? Es kam als Textilfabrik ins Land, um in den Zeiten der Präsidenten Alfonso Portillo und Óscar Berger keine Importsteuern für ihre Maschinen zahlen zu müssen. Auch die Regierung von Álvaro Colom kümmerte es nicht, dass er nur 1 % Steuern zahlte. Und er gehörte zum Kartell der PP. Wie gross war die Unabhängigkeit des Gesundheits-, Umwelt-, Finanz- oder Bergbau- und Energieministeriums, um deren Arbeit zu besteuern und dabei zuzusehen, wie sie das Land verseuchten oder ihre Gewinne ausschütteten. Wie gross?

#### **Teil 7: Die anderen und der Tsunami in Guatemala**

Die Dimension dieser Ereignisse in Guatemala lässt sich erfassen, wenn wir in diesen Tagen jene Strassen nutzen, von denen wir wissen, dass sie aus Korruptionsgeldern finanziert wurden, wenn wir an unserer Tankstelle das korrupte Blue Oil tanken, wenn wir das korrupte Saatgut von TIGSA kaufen. Wir haben korrupte Abgeordnete, korrupte Bedienstete. Das ganze System erlaubt und ermöglicht Korruption und Straffreiheit.

Darum ist es so wichtig daran zu erinnern, dass es nicht ausreicht, Otto Pérez Molina und Roxana Baldetti vor Gericht zu stellen und zu verurteilen. Nicht ausreicht, den Kongress zu erneuern oder zu glauben, dass jene mit den Bannern „wir sind keine PolitikerInnen“ [*gemeint ist natürlich die aktuelle Regierungspartei, d.Red.*] nicht automatisch sauber sind. Aber es ist der erste Schritt, um den Staat zu säubern, damit jene PolitikerInnen und korrupten UnternehmerInnen, die verhindern, dass die Demokratie funktioniert, nicht ungestraft bleiben. Diese haben die Demokratie als Geisel genommen, damit die Armen arm bleiben und sie selbst sich weiterhin bereichern können bis ihnen das Geld zum Halse herauskommt. Die Schlacht hat gerade erst begonnen.

## **Initiative für ein Bergwerksabbau- und Wasserkraftwerk-Moratorium**

**Guatemala, 03. Juni.** Abgeordnete von Block der Convergencia präsentierten eine Gesetzesinitiative über ein Moratorium für Bergwerksabbau und Wasserkraftwerke. Es wurde vorgeschlagen, die Vergabe von Lizenzen aller Art (Erkundung, Abbau, Nutzung) für metallische Minerale und Wasserkraftwerke für die nächsten fünf Jahre auszusetzen. Während dieser Zeit soll eine neue Politik bezüglich der benannten zwei Themen diskutiert werden.

Die Abgeordneten argumentieren, dass durch die Verzögerung der Lizenzvergabe für solche Projekte es erlauben würde, die Politik genau zu analysieren, die Bevölkerung anhand von Volksabstimmungen mit einzubeziehen und so soziale Konflikte zu vermeiden, die im Inneren des Landes vermehrt auftreten. Bergbauaktivitäten und der Bau von Staudämmen „haben einen grossen Schaden für die Umwelt der lokalen Gemeinden verursacht und den Unternehmen viel Geld eingebracht; der wirtschaftliche Nutzen für das Land ist nicht sehr gross und das ist besorgniserregend. Der Staat hat keine Einnahmen und kann die sozialen Fragen nicht lösen“, sagte der Abgeordnete Juracán. „Diese Initiative erlaubt es uns, das Entwicklungsmodell zu diskutieren, welches wir wollen. Wie möchten, dass alle Abgeordneten dies analysieren und dass es als nationaler Notfall im Plenum behandelt wird, denn wir müssen diese Problematik bezogen auf das gesamte Territorium betrachten. Es wurden Volksabstimmungen abgehalten, aber diese hatten keine spürbaren Auswirkungen“, kommentierte Sandra Morán, die Fraktionschefin der Convergencia. (Congreso)

## **Abgeordneter klagt illegalen Abbau in La Puya an**

**Guatemala, 31. Mai.** Der Abgeordnete Juan Ramón Lau von der Fraktion TODOS stellte Anzeige gegen VertreterInnen von Exmingua (Exploraciones Mineras de Guatemala, S.A.), da sie vermutlich Minerale abbauen, obwohl das Verfassungsgericht die Suspendierung der Aktivitäten angeordnet hatte. In dem Dokument, das dem Strafgericht vorgelegt wurde, werden Daniel William Kappes, Präsident des Aufsichtsrats, und Héctor Jacinto Vaides Medina, Verwalter, beide legale Repräsentanten der Firma, des Delikts der Nichtbefolgung einer gerichtlichen Anordnung und des illegalen Abbaus von natürlichen Ressourcen beschuldigt.

Der Abgeordnete, der die Kommission für Energie und Bergabbau des Kongresses der Republik leitet, erklärte: „Sie bauen weiterhin Rohstoffe ab und sie tun dies ohne Erlaubnis, das ist komplett illegal.“ Damit verstosse die Firma gegen das Urteil des Verfassungsgerichts, welches die Abbaulizenz für Gold und Silber in der Mine Progreso VII Derivada suspendierte. Die Mine La Puya arbeite weiter, sagte er weiter, obwohl es ein Monitoring durch eine Kommission gibt, die sich aus VertreterInnen des Innen-, Energie- und Bergbauministerium, des Büros des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) und der Polizei (PNC) zusammensetzt. Er fügte hinzu, dass „nicht die ArbeiterInnen für den Abbau verantwortlich gemacht werden können, da man lediglich deren Arbeitskraft zum Abbau der natürlichen Ressourcen einsetzte. Die Verantwortung liegt weiter oben“, womit er auf die Geschäftsleitung von Exmingua anspielte. Gegen diese müsse ermittelt und sie müssten vor die guatemaltekische Justiz gebracht werden. Darüber hinaus müsse analysiert werden, welche Verantwortung die staatliche Verwaltung, genauer der Energie- und Bergbauminister Luis Chan und der Innenminister Francisco Rivas für das unternehmerische Vorgehen tragen. (SV)

## **Der des Mordes beschuldigte ehemalige Sicherheitschef von HudBay erhält Schutz**

**Guatemala, 25. Mai 2016.** Am 18. Mai berichtete die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Rights Action davon, dass der wegen des Mordes an dem K'ekchi-Führer Adolfo Ich und den Schüssen auf German Chub 2009 in Untersuchungshaft sitzende ex-Sicherheitschef von Hudson Bay Mineral's, Mynor Padilla erfolgreich um Schutz vor Bedrohungen gebeten hat. Seine AnwältInnen erklärten, dass Padillas persönliche Sicherheit in Gefahr sei, da er am 17. Mai auf dem Weg zum Gericht in Puerto Barrios von BeobachterInnen der „Mining Impunity Delegation“ belästigt und bedrängt worden sei. Der Gruppe gehören u.a. Mitglieder von Rights Action, aber auch DozentInnen des Geographischen Instituts der Universität von Northern British Columbia an. Die Belästigung bestand nach Angaben von Rights Action darin, dass Delegationsmitglieder an einer Seite des Gerichtsgebäudes mit Notebooks und Kameras postiert waren. Padilla sei ganz ruhig von der Polizeieskorte fortgegangen und sei direkt auf die Delegation zugegangen. Und dann in das Gerichtsgebäude hineingegangen. Das Video, das Delegationsmitglied Steven Schnoor gedreht hat, zeigt, dass es bei diesem Vorgang zu keinerlei Belästigung gekommen war.

Der Richter sah das freilich anders und ordnete an, dass 8 bis 9 PolizistInnen Padilla Schutz gewähren sollen. Die Witwe von Adolfo Ich, Angelica Choc kommentierte diese Entscheidung wie folgt:

„Es macht mich so zornig, dass dieser Richter meint, dass der Mörder meines Mannes bedroht wird. Die AnwältInnen von Padilla kamen jedes Mal mit bewaffneten privaten Sicherheitskräften ins Gericht. Die Guatemaltekische Nickelfabrik CGN (die ehemals Hudson Bay gehörte) hatte ebenfalls bewaffnete Kräfte, die uns mehrmals während der Ge-

richtsverfahren verfolgt. Überall ist Polizei, eskortieren Padilla. Wir haben keine Waffen und keine Sicherheitskräfte, aber die sagen, dass Padilla Schutz durch die Polizei braucht. Wie kann ich da Gerechtigkeit bekommen?“

Zwischen 2010 und 2011 haben German Chub, der durch auf ihn abgegebenen Schüsse gelähmt ist, sowie Angelica Choc und 11 weitere K'ekchi-Frauen, die Opfer von Vergewaltigungen wurden, ein Zivilrechtsverfahren gegen HudBay Minerals Inc. an deren Sitz in Toronto, Kanada angestrengt. Sie beklagen, dass die Menschenrechtsverletzungen von deren Tochtergesellschaften HMI Nickel, Skye Resources und der CGN im Osten Guatemalas begangen worden seien. Dieses Verfahren ist noch immer anhängig, aber im vergangenen Jahr gab es dank des Prozesses gegen Padilla erstmals eine Erleichterung für die Opfer. Allerdings zeigten die oben geschilderten Vorkommnisse, dass die Opfer und ihre Familien weiterhin skeptisch sind, ob sie tatsächlich in dem politischen und sozialen Klima des Landes Gerechtigkeit erlangen können. „Dieses Urteil könnte einen amüsieren. Aber es ist ein Zeichen eines korrupten, manipulierten und rassistischen Gerichts, das charakteristisch ist für den Zustand des guatemaltekischen Rechtssystems“, meint Rights Actions. Wer mehr Informationen zum Thema haben möchte, der schaue auf die Facebook-Seite der Delegation von UNBC Geography und Rights Action: [www.facebook.com/UNBCRightsActionGuate2016](http://www.facebook.com/UNBCRightsActionGuate2016) (Jennifer Kennedy, Rights Action)

## **Initiative der Reform des Gesetzes über Femizid stösst auf Ablehnung**

**Guatemala, 02. Juni.** Eine Gesetzesinitiative, die die Frauen bestrafen soll, die das Gesetz gegen Femizid missbrauchen, traf auf allgemeine Ablehnung von Seiten sozialer Bewegungen und nationaler und internationaler Organisationen (etwa die UN-Frauenorganisation).

Die Abgeordnete, die die Initiative präsentierte, ist Patricia Sandoval von der Regierungspartei FCN-Nación. Ihr Vorschlag sieht vor, das RichterInnen provisorisch keine Untersuchungshaft anordnen, wenn ein Mann zum ersten Mal angezeigt wird – allerdings nur, wenn der Mann nicht in flagranti erwischt wird. Sie möchte damit Falschanzeigen vorbeugen und diese gleichzeitig als Straftatbestand deklarieren lassen. RichterInnen können dann nach eigenem Ermessen beurteilen, ob das Delikt der Falschaussage vorliegt, wenn für eine Anzeige grundlegende Beweise fehlen. „Einige Frauen missbrauchen dieses Gesetz, ein gerechter Prozess ist aber wichtig“, erklärte die Abgeordnete von FCN-Nación.

Für Organisationen wie das 'Netzwerk gegen die Straflosigkeit' ist diese Gesetzesinitiative „ein Rückschritt gegenüber dem, was man in Sachen Menschenrechte der Frauen erreicht hat“. Das Gesetz gegen Femizid stellt einen Fortschritt in Lateinamerika dar, ein „sehr spezifisches und spezielles Recht auf ein Leben frei von Gewalt für Frauen.“ „Das Gesetz gegen Femizid erlaubte, Situationen von Diskriminierung und Gewalt zu klassifizieren und aufzuzeigen, was die Frauen im privaten und öffentlichem Raum (er)leben“, sagt Alicia López von der Politischen Vereinigung der Frauen Mayas Moloj. Linz Emili von der Stiftung Alas de Mariposa (Schmetterlingsflügel) sieht in dieser Initiative eine Gefahr sozialer Natur: „Unsere Gesellschaft ist sehr chauvinistisch und es kann gut sein, dass solche Bestimmungen die Menschenrechte der Frauen behindern.“ Auch die Einheit für Gendern und Empowerment der Frauen der Vereinten Nationen ist besorgt über die Initiative. „Die hohe Anzahl von Anzeigen von Gewalt gegen Frauen bei der Staatsanwaltschaft zeigen auf, dass das vorhandene Gesetz effektiv zum Schutz der Frauen vor Gewalttaten ist“. Der UN-Frauenverband erklärte in einer Pressemitteilung weiter, dass „in einem Kontext ungleicher Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, die Frauen weiterhin Opfer von verschiedenen Gewaltformen sind, deren schärfste Ausprägung der Femizid, also die Ermordung der Frau, ist.“ (PL)

## **CICIG: Bericht über Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung**

**Guatemala, 27. Mai.** CICIG und UNICEF präsentierten vor Regierungsangehörigen, sozialen Vereinigungen und der internationalen Gemeinschaft ihren neuesten Bericht über Menschenhandel mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung in Guatemala. Ziel der Publikation ist es, die öffentliche Politik, die diesbezüglichen Haushaltstitel und die Ermittlungsstrategien anzupassen und dadurch die kriminellen Strukturen aufzudecken.

Das Problem betreffe vor allem Kinder und Jugendliche, sagte der Leiter der CICIG. Das müsse alle BürgerInnen beunruhigen und aufrütteln. „Es ist unabdingbar, dass alle Institutionen auf allen Ebenen und alle anderen, die zur Lösung beitragen können, dies mit Entschiedenheit tun. Die CICIG wird die Aufgabe der Identifizierung und Verfolgung der illegalen Strukturen übernehmen.“ In gleichem Sinne äusserte sich die Repräsentantin von UNICEF, Mariko Kagoshima. Generalstaatsanwältin Thelma Aldana kritisierte, dass es zwar ein Gesetz gegen Menschenhandel gebe, um dieses Verbrechen zu bekämpfen, aber es wurden bisher nur vereinzelte Aktionen unternommen. Vizepräsident Jafeth Cabrera sprach sich ebenfalls gegen dieses kriminelle Phänomen aus und versprach, etwas dagegen zu tun.

Ziel sei die Abschaffung des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung, die Unterstützung der Opfer und die juristische Aufarbeitung, denn es handelt sich um eine schwere Verletzung der Menschenrechte und trifft vor allem die Rechte der Kinder und Jugendlichen. Die Folgen für die Opfer sind enorme physische und psychische Traumata, über

sexuelle Handlungen übertragene Krankheiten, Unterernährung, soziale Isolierung. In einigen Fällen geht es bis hin zum Selbstmord oder aber es werden manche durch die MenschenhändlerInnen oder KlientInnen ermordet. Es ist eine moderne Form der Sklaverei, auf die die gesamte Gesellschaft aufmerksam gemacht werden muss, damit auf dieses Phänomen politisch und gesellschaftlich reagiert wird - durch Prävention, Opferbetreuung und Rechtsprechung.

Aufgrund der geografischen Lage und der prekären wirtschaftlichen Situation des Landes, eignet sich Guatemala besonders für diese Art von Verbrechen, denn viele Personen aus Guatemala, Zentralamerika und anderen Ländern versuchen in den Norden zu migrieren, vor allem in die USA. Die Intensivierung der Migrationsströme der letzten Jahre hat das Land in ein Ausgangs-, Übergangs- und Zielland für den internationalen Menschenhandel verwandelt. Deshalb ist das Delikt auch im gesamten Land verbreitet.

Neben Kindern und Jugendlichen werden viele Frauen Opfer dieser Strukturen, vor allem aus Kolumbien, Honduras, El Salvador und Nicaragua. Internationale Netzwerke der Prostitution agieren in der Hauptstadt und im Inneren des Landes. Nationale und internationale Menschenhandelsnetzwerke korrumpieren BeamtenInnen des Sicherheits- und Justizsystems aufgrund der enormen Mengen an Gewinn, die durch diese illegalen Geschäfte gemacht werden. Man schätzt die Anzahl der Opfer des Menschenhandels und der sexuellen Ausbeutung auf rund 48.600. Die Gewinne, die daraus gezogen werden, liegen bei über 12 Milliarden Quetzales, was 2,7% des Bruttonationalprodukts entspricht, also mehr als dem gesamten Budget, welches für die Bildung der Kinder und Jugendlichen veranschlagt wird. Das waren 2014 lediglich 1,44% des BNP. Im Menschenhandel sind häufig staatlich Beschäftigte verwickelt, da diese die Register des Meldedienstes, der Migrationsbewegung, der Transportmöglichkeiten, der Gesundheitserlaubnisse, uvm. einsehen können.

Im Bericht werden weiterhin die Ausbeutungsnetzwerke analysiert, das Profil der MenschenhändlerInnen und die für Anwerbung, Transport zum und Aufnahme im Zielland und Ausbeutung genutzten Mechanismen. Die Zentren der sexuellen Ausbeutung werden je wirtschaftlicher Schicht charakterisiert und die illegalen Geldumläufe, die aus diesem Verbrechen entstehen, werden geschätzt. Ebenfalls wird auf die Antwort durch das Justizsystem eingegangen: Ermittlungsinstanzen und strafrechtliche Verfolgung. Die Resultate der Urteilsprüche bei der Anwendung des Gesetzes zum Menschenhandel werden qualitativ analysiert. Der Bericht enthält auch eine Reihe von Schlussfolgerungen und Empfehlungen, die an die drei Gewalten des Staates und deren Institutionen gerichtet sind. (CICIG)

## Verfassungsgericht bestätigt getrennte Prozesse für Montt und Sánchez

**Guatemala, 26. Mai.** Das Verfassungsgericht bestätigte seine Entscheidung, die Prozesse wegen Völkermord gegen Efraín Ríos Montt und José Rodríguez Sánchez getrennt zu führen. Das Gericht ordnete an, dass alle Aussagen der bisherigen Verhandlungstage für das weitere Verfahren anerkannt und berücksichtigt werden müssen. Hilda Pineda, verantwortliche Staatsanwältin, präzisierte: „Das Verfassungsgericht ordnete an, dass alles, was in dem diesigen Prozess entschieden wurde, auch weiterhin gelte: hinter geschlossenen Türen im Fall von Ríos Montt, ein öffentlicher Prozess für den Ex-Geheimdienstchef Rodríguez Sánchez, da dieser zu einer normalen Prozessführung fähig ist.“ (LH)

### ¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

### Redaktion:

Wiebke Schramm – [wibsc@gmail.com](mailto:wibsc@gmail.com)

Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

**Abo-Verwaltung:** [fijate@mail.de](mailto:fijate@mail.de)

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

**NEU:** Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX

PC: 30-516068-6